
Abstract/Zusammenfassung:

Menschenhandel in Kontext des Ukrainekrieges

Eine Untersuchung aus Sicht spezialisierter Fachberatungsstellen zur Situation in Deutschland

Infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine flohen seit dem 24. Februar 2022 schätzungsweise über 7,8 Millionen Menschen aus der Ukraine in die Europäische Union und angrenzende Nachbarländer. In Deutschland wurden ihnen unbürokratisch Ansprüche auf einen legalen Aufenthalt, auf Unterbringung, soziale Leistungen, medizinische Versorgung und Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung zugesichert. Freiwillige, Familien- und Diasporanetzwerke sowie organisierte zivilgesellschaftliche Gruppen stellen bis heute Unterkünfte, Verpflegung und Integrationsangebote zur Verfügung.

Aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen gehen die im KOK verbundenen spezialisierten Fachberatungsstellen (FBS) davon aus, dass Menschen, die vor einem Krieg fliehen, besonders gefährdet sind, Betroffene von Straftaten zu werden. Frauen und Kinder stellen als besonders schützenswerte Gruppe ein Großteil der aus der Ukraine flüchtenden Menschen dar. Die teilweise durch den Angriffskrieg bereits physisch sowie psychisch geschwächten Personen sind auf der Flucht besonders vulnerabel. Im Zielland angekommen können zudem unsichere Aufenthaltsbedingungen, prekäre Unterbringungs- und Arbeitsverhältnisse sowie fehlende Unterstützungsangebote dieses Risiko weiter erhöhen.

Als Reaktion auf die Faktoren, die das Risiko von Menschenhandel und Ausbeutung geflüchteter Personen erhöhen, wurden und werden vielschichtige Maßnahmen ergriffen. So haben u.a. Fachberatungsstellen neue Projekte initiiert und die präventive Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit intensiviert. Bisher verzeichnen FBS in Deutschland Fallzahlen von Menschenhandel und Ausbeutung im Kontext des Ukrainekrieges im niedrigen zweistelligen Bereich. Ein enormer Anstieg der Fallzahlen – wie von vielen Medien prognostiziert – ist nicht zu erkennen. Dies deckt sich grundsätzlich mit den Erfahrungen der FBS, dass Menschenhandel und Ausbeutung Delikte in einem großen Dunkelfeld darstellen und belegbare Zahlen nur schwer zu ermitteln sind.

Es liegt jedoch nahe, dass die vielseitigen Maßnahmen der Politik und der Zivilgesellschaft für den Großteil der Geflüchteten aus der Ukraine zu einer potentiellen Risikominimierung führen könnten, Betroffene zu werden. Diese sollten folglich auch über den aktuellen Kontext des Ukrainekrieges hinaus fortgeführt bzw. langfristig implementiert werden.

Auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh erscheint, die Situation in Bezug auf Menschenhandel und Ausbeutung in Deutschland im Kontext des Krieges in der Ukraine umfassend zu bewerten, fordert der KOK e.V., von den gegenwärtigen und vergangenen Migrationsbewegungen zu lernen und sich auf temporäre sowie permanente Fluchtszenarien nachhaltig einzustellen.

So appelliert der KOK e.V. insbesondere für

- rechtliche Vorteile, wie sie den ukrainischen Geflüchteten gewährt wurden, auch für Drittstaatsangehörige und Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern,
- die Einrichtung von legalen und sicheren Fluchtrouten,



-
- die Schaffung langfristiger Integrationsstrategien für Ankommende,
 - die Stärkung der Rechte und des Schutzes schwer erreichbarer Betroffener in Privathaushalten (insb. im Bereich der Unterbringung und 24-Stunden-Pflege),
 - umfassende Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für alle relevanten Akteure im Hilfesystem, insbesondere in Bezug auf Schutzbedarfe für besonders vulnerable Gruppen,
 - die langfristige personelle und finanzielle Aufstockung von Ressourcen der FBS, um auch in Krisensituationen bedarfsgerecht Betroffene zu unterstützen sowie
 - die Ausweitung und Sicherstellung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Unterstützungs- und Verweissystem für Betroffene aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung.

Die Untersuchung fand im Rahmen eines Projektes mit einer Laufzeit vom 1. August 2022 bis 31. Januar 2023 statt, welches vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Sonderhaushaltsmitteln gefördert wird.

